

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 06.09.2012, im Besprechungsraum im
Jobcenter in Warendorf, Südstr. 10 a, 48231 Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:55 Uhr**

			Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	288/2012	4
2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Bericht der Telefonseelsorgen Hamm und Münster	285/2012	6
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Bericht über die Verhandlungen mit der Ver- braucherberatung	286/2012	7

Anlagen

Anlage 1	Bericht des Jobcenters
Anlage 2	Antrag zur Lernförderung
Anlage 3	Telefonseelsorge im Kreis Warendorf

Anwesend:

Vorsitz	
Strübbe, Robert	
Ausschussmitglieder	
Birkhahn, Astrid	
Diekhoff, Markus	
Feichtinger, Jochen	
Hein-Kötter, Dorothea	
Hüttemann, Dorothe	
Lindstedt, Cornelia	
Mors, Annette	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Stöppel, Gregor	
Strecker, Rita	
Twenhöven-Ruhmann, Annette	
stellv. Ausschussmitglieder	
Krause, Josef	Vertretung für Jendrik Leismann
Luster-Haggeney, Rudolf	Vertretung für Christiane Wördemann
Schulte, Stephan	Vertretung für Knud Vöcking
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Middendorf, Annegret	
Rehfeld, Elke Dr.	
Schreier, Petra	
Uhkötter, Richard	
Schabhüser, Helmut	
Gäste	
Hülskemper, Rita	Telefonseelsorge Münster
Niederschmid, Theo	Telefonseelsorge Hamm

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Leismann, Jendrik
Strohbücker, Josef
Vöcking, Knud
Wördemann, Christiane

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 23.08.2012 form- und fristgerecht einberufen wurde.

Herr Strübbe begrüßt Frau Middendorf als neue Leiterin des Sozialamtes.

Frau Middendorf die diese Aufgabe zum 01.09.2012 übernommen hat, stellt sich kurz vor.

I. Öffentlicher Teil

1.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	288/2012
-----------	--	-----------------

Frau Schreier und Herr Hanewinkel erläutern

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Personen in Bedarfsgemeinschaften und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten der letzten 12 Monate
- die Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen –Berichtsmonat Juli 2012–
- die Kennzahlen nach § 48a SGB II –Berichtsmonat April 2012–
- die Leistungen für Bildung und Teilhabe und
- das Projekt zur öffentlich geförderten Beschäftigung (sh. Anlage 1).

Frau Schreier weist darauf hin, dass die präsentierten Kennzahlen für das Jobcenter Kreis Warendorf durch einen Software-Fehler verfälscht seien und voraussichtlich nicht ganz so positiv ausfallen. Positiv fällt die Auswertung der Nachhaltigkeit der Integrationen (ein Jahr nach Arbeitsaufnahme noch in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung) aus. Die in der Präsentation ausgewiesene Quote von 68,5 % ist valide. Frau Lindstedt fragt, auf welche Bezugsgröße sich die Quote beziehe. Herr Hanewinkel nennt hierzu eine Größenordnung von 3.000 bis 3.300 Integrationen.

Frau Schreier berichtet über die einzelnen Leistungen für Bildung und Teilhabe und erläutert die entsprechenden Antragszahlen. Die Antragsquote liegt allein für das 1. Quartal 2012 bei rund 74 %. Das JC Kreis Warendorf liegt damit im NRW-weiten Ranking auf dem dritten Platz. Aktuell kümmern sich 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (8 Vollzeitstellen) um die BuT-Leistungen und haben kaum noch Rückstände bei der Bearbeitung der Anträge aufzuweisen.

Zudem sei eine Kampagne zur Aufklärung der Eltern über die Lernförderung mit Merkblättern in verschiedenen Sprachen (englisch, türkisch, russisch, polnisch, deutsch) gestartet worden. Entsprechende Flyer wurden verteilt.

Frau Schreier führt aus, dass durch Erlass vom 18.07.2012 des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) NRW Neuerungen bei der Lernförderung eingetreten sind, das Verfahren sei vereinfacht und die Voraussetzungen zur Leistungsgewährung deutlich verbessert worden. Zudem habe das MAIS NRW eine kurzfristige Überarbeitung der Arbeitshilfe zur Lernförderung in Aussicht gestellt.

Ein Muster des Antragsvordrucks ist als Anlage 2 beigelegt.

Frau Lindstedt regt an, auf den Flyern ein Datum zu ergänzen, das den Stand der Neuerungen angibt.

Herr Hanewinkel erläutert das Projekt zur öffentlich geförderten Beschäftigung. Hierbei handele es sich um ein Modellprojekt.

Er teilt mit, dass Ziel des Projektes die Integration in den ersten Arbeitsmarkt sei. Für

die Beschäftigungsverhältnisse kämen nur öffentliche und/ oder gemeinnützige Arbeitgeber in Frage, z.B. gemeinnützige Vereine oder die Städte und Gemeinden. Die Einsatzgebiete sind nicht an die Kriterien Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit gekoppelt.

Die Förderung über § 16 e SGB II beträgt bis zu 75 % des Arbeitsentgeltes, die übrigen Kosten trage der Arbeitgeber.

Herr Dr. Börger ergänzt, dass der Kreis Warendorf nicht selbst Träger des Projekts sei, da eine finanzielle Beteiligung des Kreises von bis zu 100.000 Euro erforderlich gewesen wäre.

Es sei noch zu überlegen, ob eingesparte kommunale Mittel (Unterkunftskosten) zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze verwandt werden sollen. Hierüber würde dann in einer erneuten Sitzung beraten.

Herr Strübbe dankt Frau Schreier und Herrn Hanewinkel für ihren Bericht.

2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Bericht der Telefonseelsorgen Hamm und Münster	285/2012
-----------	--	-----------------

Frau Mors begründet den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Eine aktuelle Berichterstattung der Telefonseelsorgen werde u.a. aufgrund der veränderten Anrufer-Struktur in Münster (vermehrt Anrufer mit psychischer Erkrankung/Behinderung von Personen aus ambulant betreuten Wohnformen) und des neuen Angebotes von Chatberatung der Telefonseelsorge in Hamm gewünscht.

Frau Hülskemper, Telefonseelsorge Münster, und Herr Niederschmid, Telefonseelsorge Hamm, berichten ausführlich über die Arbeit der beiden Telefonseelsorgen (sh. Anlage 3).

Frau Hülskemper ergänzt, dass die Anrufe von Festnetzanschlüssen geringer würden, die Anzahl der Handy-Anrufe nehme entsprechend zu. Es erfolge eine bundesweite Zuordnung der Anrufer an die regionalen Telefonseelsorgen. Problematisch seien die Anrufe von Handys, wenn die Verbindung unterbrochen werde, da bei einem erneuten Anruf dann häufig ein anderer Mitarbeiter einer Telefonseelsorge das Gespräch annehme.

Da die Rufnummer unterdrückt werde, ist den Seelsorgern die Herkunft der Anrufer nicht bekannt.

Herr Niederschmid weist darauf hin, dass der neu eingerichtete Chat nicht rund um die Uhr besetzt sei. Dieser solle zukünftig noch stärker in die die Arbeit implementiert werden.

Hinsichtlich der Scherzanrufe teilt Frau Hülskemper mit, dass Kindern und Jugendlichen vermehrt ein erwachsenes Gegenüber als Ansprechpartner fehle. Die Anrufe seien daher oftmals ein erster Versuch der Kontakt-Aufnahme. In vielen Fällen entwickle sich daraus jedoch ein Gespräch mit konkreten Themen, das über den vorgesehenen Scherzanruf hinausgehe.

Frau Hülskemper weist auf die Broschüre "Telefonseelsorge – Anruf als Ausweg" zum 40-jährigen Bestehen der Telefonseelsorge hin. Diese werde in Kürze allen Ausschussmitgliedern zugesandt.

Frau Hülskemper und Herr Niederschmid weisen auf die Ausbildungszeiten für die Mitarbeiter hin. Es arbeiten überwiegend Frauen in der Beratung, auch polnischer und türkischer Herkunft. Alle Ehrenamtlichen haben Dienstzeiten vor Ort und arbeiten nicht von zu Hause aus. Im Durchschnitt sind sie 30 Minuten pro Stunde im Gespräch und damit einer hohen Belastung ausgesetzt.

Herr Strübbe dankt Frau Hülskemper und Herrn Niederschmid für die Berichterstattung.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 10.55 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger
Schriftführer